

A close-up portrait of a young child with curly, reddish-brown hair and blue eyes. The child is looking slightly upwards and to the right with a gentle, thoughtful expression. They are wearing a dark grey, ribbed cardigan. The background is a plain, light grey.

**Was ist sicher, preiswert
und fördert den Frieden?**



**LOCAL POWER
FOR PEACE**

Energiewende in Bürgerhand

Nach Jahrzehnten Streit sind wir jetzt so weit

Jahrzehntlang ging wegen der Frage der Atomenergienutzung ein tiefer Spalt durch die Gesellschaft in Deutschland. Spätestens seit der Atomkatastrophe von Fukushima ist dieser fundamentale Streit vorbei: Acht Atomkraftwerke wurden sofort stillgelegt, der Ausstieg aus den übrigen neun Atommeilern ist nun gesetzlich festgeschrieben, der Umstieg auf Erneuerbare Energien ist ein nahezu einhellig getragenes Ziel dieser Republik.

Von der dezentralen Energiewende können alle wirtschaftlich profitieren, während bei zentralisierten Großkraftwerken mit Energie-Ferntransporten nur wenige Konzerne das Geschäft machen.

Wer in Deutschland unterwegs ist, kann in gewisser Hinsicht eine bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung der Städte und Gemeinden beobachten: Vielerorts drehen sich Windräder und auf Gebäudedächern befinden sich immer mehr Solaranlagen. Schon rund 25% unserer Stromerzeugung stammt aus Erneuerbaren Quellen.

Bald könnte es von Bürgern umweltfreundlich erzeugte Energie im Überfluss geben. Denn die meisten Dächer und praktisch alle Fassaden und Balkone stehen noch für die Stromerzeugung und Wärmeabgabe zur Verfügung. Auf diesen gigantischen Flächen kann die Bevölkerung ihren Weg in eine preiswerte eigene Energieproduktion weiter fortsetzen. Schon in wenigen Jahren könnten die Erneuerbaren Energien 100% des Strombedarfs decken.

Manche noch nicht

Die dezentrale Energiewende wird von breiten Bevölkerungskreisen getragen: Im Jahr 2010 befanden sich fast 90% der Photovoltaik-Leistung im Eigentum von Privatpersonen, Landwirten, Gewerbetreibenden und spezialisierten mittelständischen Unternehmern. Lediglich 10% gehörten Fonds, Banken und Energieversorgungsunternehmen.

Die großen vier Energiekonzerne RWE, E.On, EnBW und Vattenfall beteiligen sich mit nur 0,2% praktisch nicht an der Solarstromproduktion.

Der Grund: Den Konzernen sind die erzielbaren Renditen von nur wenigen Prozent vermutlich zu gering. Sie sind es gewohnt,

mit ihren Großkraftwerken und überhöhten Strompreisen sehr hohe Eigenkapitalrenditen zu realisieren. Beispielsweise lag die Eigenkapitalrendite der E.On Kernkraft GmbH im Jahr 2006 bei 280%.

Daher versuchen die vier großen Energieversorger und der Kraftwerkshersteller Siemens nach wie vor, die Fortführung der Energiewende der Bürger zu verhindern. Die Politik setzt dem Druck mächtiger Konzerne nur begrenzt etwas entgegen, wie der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer am 20. Mai 2010 in der ARD deutlich machte: „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“

So verlangt Siemens die Abschaffung der vorrangigen Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren Energien, eine Verteuerung des Netzanschlusses und die Subventionierung neuer Gaskraftwerke über den Haushaltsstrompreis (Schaffen von „Kapazitätsmärkten“). Bald könnte wieder die Forderung zu hören sein, die neun verbliebenen Atomkraftwerke weiter zu betreiben. Unterstützt von einer Medienkampagne gegen die Solarenergie treten die Konzerne gegen den Energiewende-Konsens der Bürger an.

Ein Leuchtturmprojekt

Das demonstriert eindrucksvoll, wie wichtig es ist, das Energiegeschäft weg von wenigen Konzernen in die Hand von Millionen Bundesbürgern, Kommunen und kleineren Unternehmen zu verlagern. Der Umbau unserer Industriegesellschaft im Zuge der Energiewende in den vergangenen zehn bis zwanzig Jahren nützt auch der Demokratie. Es ist wichtig, dass dieser Prozess fortgeführt wird.

Es geht um ein wirtschafts- und sozialpolitisches Leuchtturmprojekt. Die dezentrale Energiewende begünstigt „die kleinen Leute“ und strukturschwache Regionen.

Fast 90 Milliarden Euro fließen noch jährlich den internationalen Öl-, Uran-, Kohle- und Gaskonzernen für Energieimporte Deutschlands zu. Ein Teil dieses Geldes kann künftig einen breit gestreuten Wohlstand „vor Ort“ befördern. Die Bundesregierung hebt hervor: „2010 wurden dank der Erneuerbaren Energien fossile Energieimporte im Wert von insgesamt rund 6 Milliarden Euro vermieden.“

Derzeit finanziert noch jeder deutsche Privathaushalt mit durchschnittlich 2200 Euro pro Jahr die Gewinner des gegenwärtigen Energiesystems, wie beispielsweise das Königshaus in Saudi-Arabien, den russischen Monopolisten Gazprom und den Ölmulti Shell.

Sind wir so weit?

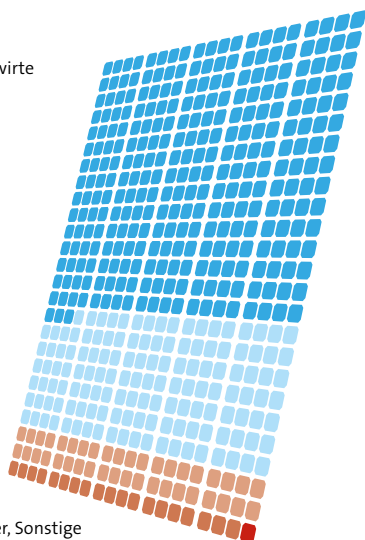
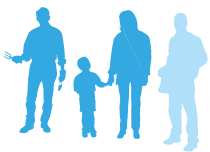
Es kommt jetzt darauf an, dass wir uns von den Konzernen und Medien nicht in Konservative und Linke, Eigentümer und Mieter, in Windenergiebefürworter und -gegner etc. auseinanderdividieren lassen. Die Menschen in den Kommunen sind in der Lage, sich gemeinsam auf vernünftige Windenergiestandorte zu verständigen, wenn sie und lokale mittelständische Unternehmen davon profitieren.

Sind sich Bevölkerung, Kommunen und kleinere Unternehmen weitgehend einig, dann steigt auch der Druck auf die Bundesregierung, die dezentrale Energiewende im Interesse aller zu begünstigen – statt sie zu bekämpfen.

Wir sollten uns nicht entmutigen lassen von fragwürdigen Medienberichten, in denen die Energiewende der Bürger in ein schlechtes Licht gerückt wird.

Eigentümeranteile PV-Leistung 2010

- 60,6% Privatpersonen u. Landwirte
- 27,5% Gewerbe u. Projektierer



- 8,0% Fonds/Banken
- 3,7% Sonstige Energieversorger, Sonstige
- 0,2% E.On, RWE, EnBW, Vattenfall



Energieautonomie statt teurer Stromautobahnen

Preiswerter eigener Solarstrom

Es gibt in Deutschland eine wirkungsvolle und sehr dynamische „Unabhängigkeitsbewegung“: Immer mehr Hausbesitzer, Mieter, Kommunen, kleine und mittlere Unternehmen lösen sich aus der Abhängigkeit von den großen profitorientierten Stromerzeugern und Netzbetreibern. Die Menschen produzieren ihren eigenen Strom nicht nur preiswert selbst, sondern beginnen auch, ihn zu speichern, um zunehmend energieautonom zu werden.

Die eigene Erzeugung von Solarstrom (Photovoltaik) ist inzwischen billiger als der Strombezug von den Konzernen. Ein Vier-Personen-Haushalt hat einen Stromverbrauch von etwa 3600 Kilowattstunden pro Jahr. Eine Solaranlage für die Bereitstellung dieser Strommenge (4 kWp-Anlage) kostet derzeit rund 6400 Euro. Pro Person sind das 1600 Euro für die eigene Stromerzeugung in zukünftigen 20 bis 25 Jahren. Unter Berücksichtigung der Wartungsaufwendungen kostet der selbst erzeugte Strom etwa 17 Cent pro Kilowattstunde. Teilweise sind es nur noch 11 Cent.

Die Stromkonzerne und Netzbetreiber hingegen verlangen für ihren subventionierten und privilegierten Kohle-, Gas- und Atomstrom annähernd 30 ct/kWh; mit steigender Tendenz. Nicht die Solar- und Windenergie, sondern das Gewinnstreben der Konzerne treibt den Strompreis für uns Bürger völlig unnötig in die Höhe.

Solarspeicher-Kraftwerke in Bürgerhand

Statt den Strom tagsüber in das Netz der Konzerne einzuspeisen und abends teuer zurückzukaufen, könnten mehr und mehr Bürger ihren Solarstrom selbst speichern. Dadurch würden sie von den Stromversorgern und ihrer Preispolitik unabhängiger. Beispielsweise kostet ein Blei-Batteriesystem (3,3 kWh nutzbare Kapazität) für eine 4 kWp-Photovoltaik-Anlage etwa 6000 Euro. Der Staat fördert den Speicher mit 1800 Euro. Unter der Annahme, dass die Batterie 10 Jahre lang betrieben werden kann, geht es bei den selbst zu tragenden 4200 Euro um rund 100 Euro pro Person und Jahr. Insgesamt handelt es sich bei diesem Beispiel einer Solaranlage mit Speicher für einen Vier-Personen-Haushalt um eine Investition von etwa 11.000 Euro, die geringfügig verzinst wird.

Bei den Speichertechnologien sind zahlreiche innovative Systeme auf dem Markt und in der Entwicklung; neben Batterien beispielsweise auch die Methanisierung, Wasserstoff-erzeugung und die Nutzung von eigenem Überschussstrom im Brauchwasserspeicher – oder zum Betanken eines Elektroautos. Für die Gesellschaft sind dezentrale Solarspeicher-Kraftwerke von hohem Nutzen. Durch einen Speicher wird mehr Solarstrom direkt im Haus verbraucht und nicht erst ins Netz eingespeist. Der selbst genutzte Solarstrom reduziert daher die von allen Haushalten zu tragenden Umlagekosten nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Stromautobahnen und Gaskraftwerke werden überflüssig

Wenn Strom aus regenerativen Quellen im großen Stil dezentral gespeichert wird, dann wird der Bau neuer Stromautobahnen überflüssig. Das erspart den Steuerzahlern einen zweistelligen Milliardenbetrag.

Vermeidbar wäre dann auch die Konzern-Subventionierung durch die neu eingeführte Offshore-Haftungsumlage, die allein bis 2015 mit 2 bis 3 Milliarden Euro zu Buche schlagen soll. Auch neue Gaskraftwerke von Siemens werden überflüssig, wenn dezentrale Energiespeicher der Bürger und Kommunen den Strom für trübe Tage vorbehalten. Auf diese Weise könnte man viele den Strompreis hochtreibende Milliarden einsparen.

Auch Mieter können mitmachen

Künftig können nicht nur Hausbesitzer solaren Speicherstrom bereitstellen, sondern auch Mieter, Wohnungseigentümer und Wohngemeinschaften. Bislang engagieren sich schon viele Menschen finanziell in Energiegenossenschaften.

Es gibt die Möglichkeit, unmittelbar selbst aktiv zu werden: Immer mehr Mieter und Wohnungseigentümer montieren Solaranlagen an ihrem Balkon und speisen den Strom über eine normale Steckdose direkt in ihre Wohnung ein. Solarmodule mit integrierter Lithiumionen-Batterie liefern auch noch abends selbst produzierten Solarstrom aus der Steckdose. Einfacher geht Energiewende nicht.

So viel Autonomie wie möglich

Die großen Stromversorger wollen immer stärker bei den einzelnen Bürgern Teile des Stromverbrauchs steuern und Zugriff auf die Regelung von Solaranlagen bekommen. Im Namen der Energiewende sollen Konzerne bei den Bürgern zu Hause die Waschmaschine anschalten können. Und den Netzbetreibern wird technisch die Möglichkeit eröffnet, Solaranlagen der Bürger einfach „auszuschalten“, wenn das Netz angeblich überlastet ist. Gut möglich, dass die Netzbetreiber dann verstärkt Solar- und Windenergieanlagen ferngesteuert abschalten, damit die Energiekonzerne Kohle-, Gas- oder Atomstrom verkaufen können.

So wünschenswert ein „intelligentes Netz“ in der Theorie auch sein mag: Diese Entwicklung entmündigt die Bürger, nimmt ihnen wirtschaftliche Möglichkeiten und bittet sie für Regelleistungen zur Kasse, die autark günstiger erbracht werden können. Daher gilt: Nur so viel Netz wie nötig – und so viel Energie-Autonomie wie möglich.

Kriegsgrund Energiehunger

Eine folgenschwere Zäsur

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es jahrzehntelang einen selbstverständlichen Grundkonsens: Krieg als Mittel der Politik kommt für die Bundesrepublik Deutschland „nie wieder“ in Frage. Wenn überhaupt, war die Bundeswehr lediglich zur Landesverteidigung akzeptiert. Der Einsatz deutscher Soldaten in fernen Ländern war nicht vorstellbar. Schon gar nicht für die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen.

Im Jahr 1992 kam es im Trubel der Wiedervereinigung zu einer folgenschweren Zäsur: Während der Amtszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl erfolgte eine grundlegende Neubestimmung des Auftrags der Bundeswehr durch den Erlass neuer „Verteidigungspolitischer Richtlinien“. Danach verfolgt Deutschland mit militärischen Mitteln „seine legitimen nationalen Interessen“. Zu diesen Interessen zählt die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. Dieser Auftrag wurde 2006 mit dem „Weißbuch“ der Bundeswehr und 2011 mit einem weiteren Erlass neuer „Richtlinien“ für die Bundeswehr wiederholt bestätigt.

Kriege um Öl und um Uran

Neben dem offenkundigen Interesse der Rüstungsindustrie zählt der Hunger nach Erdöl, Erdgas und Uran zu den maßgeblichen Kriegsgründen.

Beispielsweise wurden 2004 Soldaten der Bundeswehr in den Sudan geschickt. Bei dem dortigen Krieg ging es nach Aussage des Bundestagsabgeordneten Hans Raidel „wie immer um viel Geld, da Öl, Kupfer, Uran und andere Bodenschätze reichlich vorhanden sind“.

Zum Krieg in Mali, den Frankreich 2013 begann und an dem sich die Bundeswehr u.a. bei den Truppentransporten beteiligt, schreibt die „Wirtschaftswoche“, es gehe „wie bei fast jedem Krieg auf dem afrikanischen Kontinent um Rohstoffe“. Und weiter: „Die einzigen bekannten und strategisch wichtigen europäischen Interessen in der Region sind die Uran- und Ölvorkommen in Mali und die französischen Uranminen im angrenzenden Niger. Frankreich hängt als Atommacht und Atomstromland stark von der Versorgung mit Uran ab. ... Um die weitere Destabilisierung des Landes zu verhindern, greift Frankreich jetzt in Mali ein.“

Der deutsche Theologe Eugen Drewermann kritisierte im Februar 2011, die NATO sei eine „aggressive Interventionsarmee“ geworden. Sie sei dabei, „die Ukraine zu spalten, Georgien zu spalten, Kirgistan zu spalten, mit den Terrorregimen in Usbekistan und Kasachstan zusammen zu arbeiten und den Aufmarsch gegen Afghanistan zu etablieren. Sie mischt sich überall ein, wo sie nichts verloren hat, in der permanenten Gier nach Erdöl, Bauxit, Uran“.

Geostrategische Planspiele

Ein Brüsseler Think Tank, an dem auch die deutsche Bertelsmann-Stiftung beteiligt ist, wirbt schon seit Jahren für die militärische Kontrolle einer „Grand Area“, die neben Europa erhebliche Teile Afrikas und Asiens umfasst. Der Großraum soll „alle wesentlichen Handelsrouten, insbesondere Energie-Pipelines und maritime Schifffahrtsrouten aus anderen Regionen ins europäische Heimatland einschließen“ und so der „europäischen industriellen Produktion“ dienen.

„Freie Handelswege“ in Afghanistan – ein Beispiel

Die größte Herausforderung bei der Ausbeutung der Rohstoffe anderer Länder besteht in der Notwendigkeit, diese von der Lagerstätte über viele 1000 Kilometer lückenlos beispielsweise auch nach Deutschland transportieren zu können. Dafür benötigt man ein gigantisches, weltumspannendes Netz von Straßen, Eisenbahnlinien, Schifffahrtswegen und Pipelines. Sprich: „Freie Handelswege“. Im Vorfeld des 2001 begonnenen Afghanistan-Krieges verhandelte sowohl ein argentinischer als auch ein US-Ölkonzern jahrelang mit den regierenden Taliban u. a. über eine Erdgasleitung. Mit dieser sollte Gas aus Turkmenistan transportiert werden. Während der US-Konzern auf einem Exklusiv-Vertrag bestand, wollten die Taliban eine „öffentliche“ Pipeline, die mehrere Unternehmen beteiligt und zudem für Afghanistan gesicherte Einnahmen ermöglichen sollte. Daher und weil sie für den Schutz der Pipeline nicht die erforderliche „Stabilität“ garantieren konnten, fielen die Verbündeten des Westens in Ungnade.

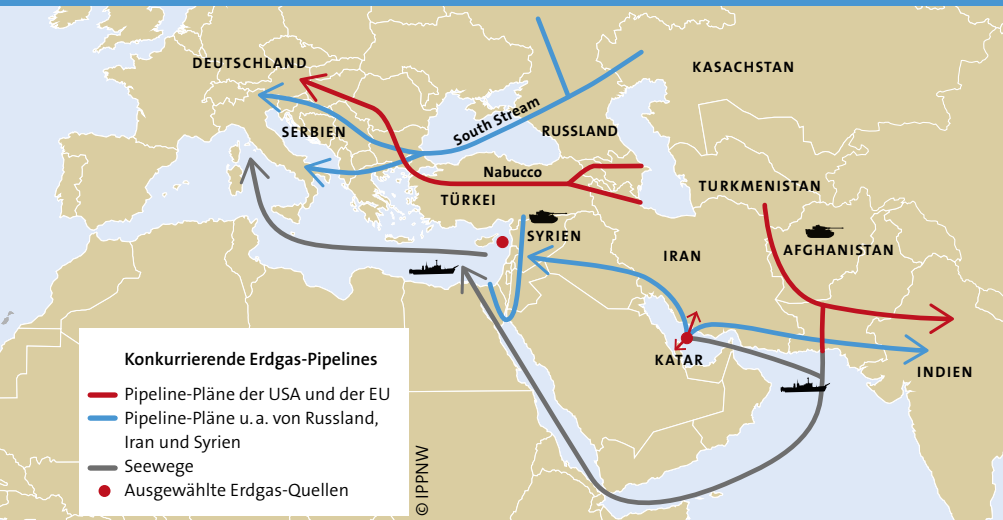
Dies und weitere geostrategische Interessen trugen zum Einmarsch der USA in Afghanistan im Oktober 2001 bei, in dessen Folge die Taliban-Regierung gestürzt wurde. Bei einer Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn wurde im Dezember 2001 die „Machtübergabe an eine Interimsverwaltung“ mit Präsident Hamid Karzai beschlossen. Am 27. Dezember 2002 unterzeichneten die Staatschefs Turkmenistans, Afghanistans und Pakistans einen Pipeline-Vertrag. „Der Vertragsabschluss wurde durch die US-Invasion in Afghanistan im Jahr zuvor ermöglicht“, heißt es bei Wikipedia. Dennoch konnte der Pipelinebau bis heute nicht begonnen werden, weil auch die westlichen Truppen nicht für „Stabilität“ sorgen können.

Rohstoffkriege zahlen sich nicht aus

Im Mai 2013 diskutierten deutsche Abgeordnete in Kabul mit dem dortigen Bergbau- und Erdölminister über die Chancen für deutsche Unternehmen, dort aktiv zu werden. Deutschland setzt deswegen auch weiterhin auf den „Wiederaufbau“. Zum Beispiel ist der Bau von 2.600 Kilometern „schwertransporttauglichen Straßen“ geplant, „um das afghanische Rohstoffpotenzial voll nutzen zu können“, heißt es im deutschen „Fortschrittsbericht“ zum Afghanistan-Krieg vom November 2011. Ins Geschäft aber sind andere gekommen: Im Dezember 2011 erhielt der staatliche Ölkonzern Chinas den Zuschlag für die Ausbeutung von drei Ölfeldern in Afghanistan.



Erneuerbare schaffen Frieden



„Zugang zu Märkten“ mit militärischen Mitteln

„Wir sind ein rohstoffarmes Land“, sagte der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier am 5. Februar 2006 auf der Münchener Sicherheitskonferenz. Dieser Satz ist gewissermaßen konstituierend für die deutsche Außenpolitik. Er findet sich in zahllosen Reden und politischen Grundsatzpapieren. Deutschland ist derzeit zu rund 70 Prozent von Energieimporten abhängig. Wer Jahr für Jahr Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran im Wert von fast 90 Milliarden Euro importieren möchte, muss auch exportieren können. Man braucht „Zugang zu Märkten“. Nach einem Besuch bei den Bundeswehr-Truppen in Afghanistan sagte der damalige Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2010, „dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ, bei uns durch Handel Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern.“

Wenn man also Kriege, die auch zu einem Atomkrieg eskalieren können, vermeiden möchte, dann muss man endlich wegkommen von den milliardenschweren Energieimporten.

Pipeline-Wettlauf der Weltmächte

Wie die jüngsten Entwicklungen zeigen, führt der globale Wettlauf um den Zugriff auf Energiequellen und Pipelines zu einer gefährlichen Konfrontation der Weltmächte: Die „Nabucco-Pipeline“ als „transatlantisches Prestigeobjekt“ steht vor dem Aus. Mit dieser Pipeline wollten die USA und die EU Erdgas vom Kaspischen Meer (Turkmenistan, Aserbaidschan) nach Europa leiten und dabei das russische Liefermonopol „umgehen“. Die Pläne wurden aber von der russischen Gazprom durch eine konkurrierende Pipeline „South Stream“ durchkreuzt, an der auch E.ON und BASF beteiligt sind. Für die Erdgas-Kunden in Deutschland und Europa bedeutet das, dem Preisdiktat eines gewaltigen Anbieterkartells ausgesetzt zu bleiben.

Türkei, Iran, Syrien ...

Zuletzt hatte sich auch die mit den USA eng verbündete Türkei den Realitäten gebeugt: „Im Pipeline-Wettrennen mit dem EU-Projekt Nabucco hat Russland wieder die Nase vorn: Die Türkei hat dem russischen Energiekonzern Gazprom erlaubt, die Erdgasleitung „South Stream“ durchs Schwarze Meer zu legen – im Tausch gegen langfristige Gaslieferungen“, so Spiegel Online im Dezember 2011.

Zuvor schon kamen Iran, Irak und Syrien den USA mit eigenen Pipeline-Plänen in die Quere: 2011 vereinbarten die drei Staaten den Bau einer Gasleitung, über die der Iran aus „South-Pars“, dem größten bisher entdeckten reinen Gasfeld der Welt im Persischen Golf, Erdgas in Konkurrenz zur „transatlantischen“ Nabucco-Pipeline exportieren möchte. „South-Pars“ wird aber nicht nur von der Republik Iran beansprucht und ausgebeutet, sondern in scharfer Konkurrenz zugleich auch von der dem Westen verbundenen Monarchie Katar, Sitz des Hauptquartiers der US-Truppen im Nahen Osten. Katar gehört übrigens zu den wichtigsten Waffenlieferanten der Rebellen in Syrien. Im August 2011 hatte das syrische Ölministerium verkündet,

dass in der Nähe der Stadt Homs ein gigantisches Erdgas-Lager entdeckt worden sei. Dem Washington Institute for Near East Policy (WINEP) zufolge befinden sich im Mittelmeerraum erhebliche Erdgas-Reserven und Syrien könnte möglicherweise der erdgasreichste Staat werden – und obendrein zu einem Knotenpunkt für Energietransportwege. Das dürfte einer der Hintergründe dafür sein, dass sich ein Teil der Regierungsgegner in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 verstärkt bewaffnete und dass in Syrien seitdem ein grausamer Bürgerkrieg geführt wird. Homs wurde schnell als Hochburg der bewaffneten Rebellen bekannt.

Es muss nicht immer so weitergehen ...

Solange sich diese Welt nicht aus der Abhängigkeit insbesondere von Erdgas und Erdöl löst, werden die ständigen Konflikte und Kriege nicht aufhören. Wie die Realität zeigt, ist mit Kriegen auf Dauer allerdings nichts zu gewinnen.

Trotz aller Versuche, die Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Kriege der NATO in ein positives Licht zu rücken, lehnt eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland diese ab. Und das ist gut so.

Dezentrale Energie statt militärischer Gewalt

Die angeblich notwendige Erschließung und Sicherung von Bodenschätzen, Märkten und weiten Energietransportwegen mit militärischer Gewalt erübrigt sich, wenn wir unsere erneuerbaren Energiequellen vor Ort nutzen. Der Westen muss keine Soldaten, Söldner, Geheimdienste, Sondereinheiten, Panzer, Bomber, Drohnen und „eingebettete“ Journalisten in rohstoffreiche Länder schicken, wenn die Energie aus unseren heimischen Quellen gewonnen wird. Dann kommen auch keine Soldaten mehr traumatisiert aus den Kriegsgebieten zurück. Das Töten von Menschen in anderen Ländern aus energiepolitischen Interessen muss aufhören.

„Local Power for Peace“

Frieden zu schaffen mit unseren überall reichlich vorhandenen Möglichkeiten zur Nutzung Erneuerbarer Energien: Dafür steht „Local Power for Peace“. Ein Anliegen, dem sich immer mehr Bürger anschließen. Auch im Verkehrs- und Wärmebereich sollte die Energiewende schneller voranschreiten als bisher, um von den Öl- und Gasimporten wegzukommen. Aus diesem Grund wirbt die ärztliche Friedensorganisation IPPNW auch als „IPPNW PEACE POWER NET WORK“ für die dezentrale Energiewende. Jeder Bürger und jede Kommune kann so dazu beitragen, dass unsere Welt friedlicher wird.

Atomenergie gefährdet Tag für Tag

Gefährliche Atomtransporte

Wie richtig der Atomausstieg nach Fukushima zum Schutz von Leben und Gesundheit ist, zeigte sich an der Beinahe-Katastrophe am 1. Mai 2013 im Hamburger Hafen. Rund 16 Stunden lang brannte das Frachtschiff „Atlantic Cartier“. Es hatte 11 Tonnen angereichertes Uranoxid, Behälter mit Uranhexafluorid, unbestrahlte Brennelemente, Munition, Raketenbrennstoff sowie hochexplosives Ethanol geladen. Da bei der Feuerwehr erforderliches Kohlendioxid zum Löschen der Gefahrstoffe aus Kostengründen nicht mehr vorgehalten wurde, musste das atomare Material unter Lebensgefahr für die Einsatzkräfte schnellstmöglich geborgen werden.

Lücken im Atomausstieg

Alle zwei Tage geht ein Atomtransport durch Hamburg. Bundesweit wurden seit 1990 mehr als 16.000 genehmigt. Start- und Zielort sind vielfach die Brennelementfabrik in Lingen, die vormals Siemens und jetzt dem französischen Areva-Konzern gehört, und die Uran-Anreicherungsanlage in Gronau, an der die Atomkraftwerksbetreiber RWE und E.ON beteiligt sind. Beide Atomfabriken sind vom deutschen Atomausstieg nicht erfasst. Auch exportiert die Bundesrepublik Deutschland mit Hermes-Bürgschaften das atomare Risiko zusätzlich in andere Länder.

Tschernobyl ist auch ein „deutsches“ Problem

Der Super-GAU in Tschernobyl von 1986 zeigt, dass Radioaktivität keine Grenzen kennt. In der Schweiz informierte das „Bundesamt für Gesundheit“ die Bevölkerung im April 2006 darüber, dass in der Alpenrepublik 200 zusätzliche Krebstodesfälle aufgrund des Tschernobyl-Fallouts zu erwarten sind (doppelte Anzahl nicht tödlich verlaufender Krebserkrankungen). Grundlage der Berechnung war eine durchschnittliche Belastung von 0,5 Millisievert (mSv) pro Person.

In Deutschland wird die Bevölkerung nicht in vergleichbarer Weise über die Folgen von Tschernobyl informiert. Die Belastung liegt bei durchschnittlich 0,7 mSv pro Person. Die Ärzteorganisation IPPNW errechnete 11.000 bis 22.000 zu erwartende Krebserkrankungen, die allein in Deutschland auf die Atomkatastrophe in der Ukraine zurückzuführen sind. Was hätten wir erst bei einem Super-GAU im eigenen Land zu erwarten?

Super-GAU-Risiko in Deutschland

Die derzeit noch sieben in Deutschland betriebenen Druckwasserreaktoren zeichnen sich durch schwerwiegende Schwachstellen in der gesamten Ablauffkette eines Atomunfalls aus. Sicherheitsdefizite gibt es unter anderem beim gefürchteten „Notstromfall“. Auch bei einem nur „kleinen Leck“, beispielsweise einem Riss in einer Schweißnaht, kann es zum Super-GAU kommen. Die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) benennt sicherheitstechnische Nachteile u. a. aufgrund der großen Leistung dieser Reaktoren, ferner Mängel am Notkühlsystem, eine zu geringe Kapazität der Frischdampf-Umleitstation, zu wenige sekundärseitige Einspeisesysteme und eine ungünstige Zahl der Ventile. Regelrecht skandalös ist, dass nachgerüstete „Notfallmaßnahmen“ (PDE) bei Leckstörfällen nicht rechtzeitig funktionieren, um einen Kernschmelzunfall zu verhindern. Die beiden Siedewasserreaktoren in Gundremmingen weisen ebenfalls zahlreiche Sicherheitsdefizite auf. Bei Anlagenstillständen etwa kann es bei einer internen Überflutung laut Reaktorsicherheitskommission „schon nach sehr kurzer Zeit“ zu Gefährdungszuständen kommen. Es gibt für beide Reaktoren nur eine Notstandswarte. Erhebliche Schwachstellen gibt es bei



der Kern- und Beckenkühlung und bei den beiden relativ ungeschützten Nasslagern. Übrigens: Auch die Reaktoren in Fukushima waren Siedewasserreaktoren.

Unzulänglicher Katastrophenschutz

Trotz der täglichen Gefahr werden Verbesserungen der veralteten Katastrophenschutzplanungen von den zuständigen Innenministern der Länder auf die lange Bank geschoben. Eine von ihnen eingesetzte Arbeitsgruppe „Fukushima“ verdrödelte über zwei Jahre mit „Bestandsaufnahmen“. Und das, was von Landesministerien bis heute als mögliche Veränderung nur vage angedacht wird, bleibt weit hinter dem Erforderlichen zurück.

Für die meisten Bundesländer will man die vorgesehenen Evakuierungsradien von bisher 10 Kilometern nur auf 20 km erweitern (Ausnahme Saarland und Bayern mit 25 km). Das steht im krassen Gegensatz zu einer Studie des Öko-Instituts, wonach je nach Wettersituation nach einem Super-GAU „bis in eine Entfernung von etwa 600 km“ und in einer Breite von bis zu 50 km eine Evakuierung „erforderlich werden kann“. Das Bundesamt für Strahlenschutz rechnet in einer Studie von 2012 mit eventuell notwendigen Umsiedlungen noch in 100 bis 170 km Entfernung vom Unfallort.

Auch eine schnelle Ausgabe von Jodtabletten bis 100 Kilometer vom Atomkraftwerk entfernt soll weiterhin nur als Einmalausgabe für Schwangere, Kinder und Jugendliche, nicht aber für alle Erwachsenen und nicht als Mehrfachausgabe sichergestellt werden.

Langzeitlagerung bleibt ungelöst

Hinsichtlich des sogenannten „Endlagers“ für schwach- und mittelaktiven radioaktiven Müll („Asse 2“) wurde den Bürgern über Jahrzehnte vorgegaukelt, es sei völlig sicher. Nach nur 30 Betriebsjahren ist dieses Lager nun leck und muss mit großem finanziellem Aufwand, den die Bürger zu tragen haben, leergeräumt werden.

Jetzt wird bei der zwischen Berlin und den Ländern vereinbarten Suche nach einem Langzeitlager für hochradioaktiven Atommüll wieder so getan, als sei das alles schnell lösbar. Doch die Strahlenmüll-Entsorgung ist weltweit ungelöst – und prinzipiell unlösbar.

Es ist zu befürchten, dass mit dem „Endlagersuchgesetz“ nur ein „Entsorgungsnachweis“ geschaffen werden soll, um den Weiterbetrieb der noch nicht abgeschalteten Atomkraftwerke in Deutschland auf juristisch höchst fragwürdige Weise zu ermöglichen. Nur ein Sofortausstieg bewirkt, dass wir nicht Tag für Tag weiteren hochgiftigen und hochradioaktiven Atommüll produzieren.

Der beschleunigte Wechsel zu Erneuerbaren Energien ist eine ökologische, wirtschaftliche und soziale Existenzfrage mit friedenspolitischer Dimension. Es darf keine Zeit mehr verspielt werden.
Hermann Scheer, 1944–2010



Atomenergie ist verzichtbar

2011, nach dem Super-GAU von Fukushima, wurden acht große Atomkraftwerksblöcke zeitgleich stillgelegt. Zu „Blackouts“ bei der Stromversorgung kam es dennoch nicht. Im Gegenteil: 2011 wurden sogar 6 Terawattstunden (TWh) Überschussstrom exportiert. Und wegen des ständigen Zubaus von Bürgerkraftwerken exportierte Deutschland 2012 netto bereits 23 TWh. Die wenigen Stunden des Spitzenstrombedarfs im Winter können auch ohne Atomstrom bedient werden: 2011 betrug die installierte Leistung von konventionellen, Biomasse- und Wasserkraftwerken 101 Gigawatt (GW). Dazu kommt noch die bereits installierte Kapazität von 54 GW durch Solar- und Windenergieanlagen. So ist auch unter Berücksichtigung von Ausfällen, Revisionen, Reserven etc. noch genügend Luft gegenüber einem theoretisch zu erwartenden Stromspitzenbedarf von kurzfristig maximal 80 GW. Das zeigt: Alle neun noch immer laufenden Atommeiler können sofort stillgelegt werden.

Auch konventionelle Kraftwerke ersetzbar

Auch die konventionellen, insbesondere mit Kohle und Gas betriebenen Kraftwerke können schnell überflüssig werden. Zum einen durch den weiteren Zubau von Bürgerkraftwerken. Zum anderen durch mehr Energieeffizienz. Laut Umweltbundesamt könnte der Stromverbrauch in Deutschland in nur wenigen Jahren um 110 TWh reduziert werden. Die größten, sich finanziell amortisierenden Stromsparpotenziale gibt es in Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, nämlich durch den Einsatz hocheffizienter Elektromotoren als Antrieb für Druckluftsysteme, Pumpen und Ventilatoren sowie durch energieeffiziente Beleuchtungssysteme. Auch die Privathaushalte können ihren Beitrag leisten. Mit derartigen Effizienzmaßnahmen könnten laut Umweltbundesamt 30 Kohle- und Gaskraftwerke überflüssig werden. Um dies zu erreichen, sollte auch die Subventionierung der Industriestrompreise über die Haushaltskunden überdacht werden. Denn nur wenn der Aluminium- und der Chemieindustrie sowie anderen energieintensiven Wirtschaftszweigen der Strom nicht länger zu extrem niedrigen Dumpingpreisen verkauft wird, können sich Effizienzmaßnahmen wie der Austausch von Elektromotoren lohnen. Einen Anreiz zum Sparen sollte man der Industrie schon bieten.

Atomindustrie verlangt 15 Milliarden Euro extra

Mit kräftiger Unterstützung des Staates konnten die Energiekonzerne mit ihren Atomkraftwerken und Stromautobahnen jahrzehntelang hohe Gewinne erwirtschaften. Nach Fukushima wurde ein Teil der überalterten Kraftwerke mit dem Einverständnis der Unternehmen aus Sicherheitsgründen stillgelegt. Es gab, wie die Biblis-Klage der IPPNW deutlich gemacht hatte, so viele Schwachstellen, dass auch die Aufsichtsbehörden nicht mehr darüber hinwegsehen konnten: Die „Nachrüstliste“ von Bund und Ländern vom 3. September 2010 wie auch ein Schwachstellenkatalog der Fachbeamten der Bundesatomauf-

sicht vom 16. März 2011 zeigten, dass ein Weiterbetrieb der deutschen Atomkraftwerke nicht länger zu verantworten war. Am 6. August 2011 trat das geänderte Atomgesetz in Kraft, mit dem acht Anlagen sofort abgeschaltet wurden und die übrigen neun bis 2022 endgültig stillgelegt werden sollen. Dies erfolgte allerdings mit einer paradoxen Gesetzesbegründung, die den Anlagen sogar einen sicherheitstechnisch „hohen Robustheitsgrad“ bescheinigte. Die bestehenden Sicherheitsdefizite wurden gar nicht dargestellt, die Stilllegungen nicht begründet.

Diese Steilvorlage des Gesetzgebers nutzten die Atomkraftwerksbetreiber für Entschädigungsklagen. 15 Milliarden wollen E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall für stillgelegte Atomkraftwerke kassieren. Auf Kosten der Haushaltsstromkunden bzw. Steuerzahler.

Einer ersten Klage von RWE hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof schon stattgegeben und das dreimonatige Stilllegungsmoratorium vor dem endgültigen Abschalten von Biblis für rechtswidrig erklärt. Im Urteil zugunsten von RWE haben die Richter so getan, als hätten sie von den zahllosen Sicherheitsmängeln des Atomkraftwerks Biblis noch nie gehört. Dabei lag dem Gericht ein dickes Gutachten der Bundesatomaufsicht vor, in dem Dutzende von der IPPNW vorgetragene Sicherheitsdefizite als besonders brisant eingestuft worden waren. Hoffnung macht indes ein anderes Urteil: Das Obergericht Schleswig hat die Genehmigung für das atomare Zwischenlager in Brunsbüttel aufgehoben. Das Bundesamt für Strahlenschutz hatte vor Jahren bundesweit an allen Atomkraftwerksstandorten solche Zwischenlager genehmigt, trotz der offenkundigen Schwachstellen. Das Urteil könnte Folgen auch für die übrigen Standort-Zwischenlager haben, aber auch für die Betriebsgenehmigungen der verbleibenden Atomkraftwerke.

**Atomstrom ist lebensgefährlich, teuer und überflüssig.
Alternative Energien erhöhen die Sicherheit, sind preiswert
und fördern den Frieden.**

Impressum

IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V., Körtestraße 10, D-10967 Berlin, www.ippnw.de.
Tel. 030-69 80 740, Email: kontakt@ippnw.de
Redaktion: Henrik Paulitz (V.i.S.d.P., Textentwurf), Winfrid Eisenberg, Dörte Siedentopf, Reinhold Thiel

Mitwirkung: Angelika Claußen, Ulrich Gottstein, Helmut Lohrer, Alex Rosen, Jörg Schmid

Gestaltung: doppelpunkt, Kommunikationsdesign

Bitte spenden Sie für die weitere Verbreitung dieser Informationsschrift:

Kontoinhaber: IPPNW. Konto-Nr. 2222210. Bank für Sozialwirtschaft. BLZ 100 205 00.

Stichwort: Local Power for Peace

Abbildungen: Titel: Sandra Brunsch/Fotolia.com ; Logo Jens Kreitmeyer © IPPNW.

S. 2: Grafik: doppelpunkt/IPPNW (Quelle: trend research 2011). S. 3: Shotshop;

Laudeley Betriebstechnik. S. 4: PantherMedia; Grafik: James ROGERS 2011.

S. 5: Grafik: doppelpunkt/IPPNW. S. 6: THW. S. 7: PantherMedia.



„Volksabstimmung“

Überreicht durch:

Es ist wichtig, dass die Politiker in Berlin wissen, welche Erwartungen die Bevölkerung hat. Teilen Sie Ihren Bundestagskandidaten /-abgeordneten mit, welche der folgenden Forderungen Ihnen am Herzen liegen. Schreiben Sie ihnen; verlangen Sie eine klare Antwort!

Ja, auch ich möchte ...

- dass die **Energiewende in der Hand von Bürgern und Kommunen** weiterhin begünstigt wird, so dass Menschen, Städte und ländliche Gebiete wirtschaftlich davon profitieren und Kriege um Energie unwahrscheinlicher werden („Local Power for Peace“).
- dass die neun derzeit in Deutschland noch betriebenen **Atomkraftwerke** umgehend abgeschaltet werden.
- dass die Förderung von **Atomexporten** durch staatliche Hermes-Bürgschaften beendet wird.
- dass keine neuen **konventionellen Großkraftwerke** genehmigt und über „Kapazitätsmärkte“ finanziell gefördert werden, mit der nur vorgeschobenen Begründung, das sei für die Energiewende erforderlich.
- dass keine überflüssigen „**Stromautobahnen**“ genehmigt werden, mit denen lediglich die Marktmacht der großen Energiekonzerne und ihr System überhöhter Energiepreise abgesichert werden soll.
- dass stattdessen die Markteinführung dezentraler **Energiespeicher** so lange gefördert wird, bis eine weitere Marktdurchdringung auch ohne Förderung erfolgen kann.
- dass das **Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)** nicht zu einem Subventions-Mechanismus für Großkonzerne umgebaut wird.
- dass die unnötige **Offshore-Umlage** wieder abgeschafft wird.
- dass der **Einspeise-Vorrang** für Strom aus Bürgerkraftwerken erhalten bleibt.
- dass die **Wirtschaft** ihre enormen **Energiesparmöglichkeiten** u. a. durch effiziente Elektromotoren endlich realisieren muss.
- dass niedrige Preise an der **Strombörse** den Haushalten weitergegeben werden.
- Dass auch im **Wärme- und Verkehrssektor** die dezentrale Energiewende zügiger vorangetrieben wird, um wegzukommen von den konfliktfördernden Importen von Öl und Gas.
- dass der **Auftrag an die Bundeswehr**, Rohstoffe, Transportwege und Märkte mit militärischer Gewalt zu sichern, aus den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ gestrichen wird.
- dass der **Dauereinsatz der Bundeswehr und deutscher Geheimdienste** in den rohstoffreichen Gebieten Afrikas und Asiens einschließlich des Nahen Ostens umgehend beendet wird.

Hier finden Sie Ihre Bundestagsabgeordneten:
www.bundestag.de
(Menü: Der Bundestag, Abgeordnete)

Ihr Beitrag für die Energiewende in Bürgerhand

Jeder kann etwas für die dezentrale Energiewende und für den Frieden tun. Vielleicht ist auch für Sie etwas dabei:

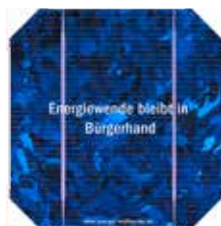
☀️ Bestellen Sie einen Schwung dieser **Faltblätter** und verteilen Sie diese an Freunde, Bekannte und möglichst auch in die Haushalte Ihrer Gemeinde oder Ihres Stadtteils.

200 Exemplare kosten 12 Euro, 500 Ex. 30 Euro, 1000 Ex. 50 Euro, 2000 Ex. 90 Euro, 5000 Ex. 220 Euro.

Bestellungen an: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel. 030-69 80 740, Fax 030-69 38 166 kontakt@ippnw.de, <http://shop.ippnw.de>

☀️ Unser Votum für die Energiewende in Bürgerhand: Nutzen Sie den hier abgebildeten Solarzellen-Aufkleber, den es mit zwölf unterschiedlichen Slogans gibt, z. B. „Strom kann ich selber“, „Dezentral statt Kapital“, „Energiewende bleibt in Bürgerhand“, „Bei mir kommt der Strom aus der Sonne“.

Mehr Informationen und **Bestellmöglichkeit:** <http://shop.ippnw.de>



☀️ **Sprechen Sie mit Bürgern, Politikern und Unternehmern** vor Ort über die Möglichkeiten, die Energieversorgung in Ihrer Kommune auf 100% Erneuerbare Energie umzustellen.

☀️ Versuchen Sie, in Ihrer Kommune einen **Gemeinde- oder Stadtratsbeschluss** herbeizuführen mit dem Ziel der Selbstversorgung mit Erneuerbaren Energien, unter anderem auch aus friedenspolitischen Gründen.

Einen Musterbeschluss finden Sie unter: www.ippnw-peace-power.net/de/campaign.html

☀️ **Steigen Sie ein in die eigene Energiegewinnung.** Mit einer kleinen Balkonsolaranlage, einer Solaranlage auf dem Dach, mit einer Beteiligung an einer gemeinschaftlichen Solar-, Windenergie-, Wasserkraft-, Erdwärme- oder auch Biogasanlage. Und speichern Sie Ihren Strom möglichst auch selbst.

☀️ Engagieren Sie sich für die **Gründung einer „Friedensfördernden Energiegenossenschaft“** in Ihrer Kommune. Wir empfehlen Ihnen als Anregung den Film „Gemeinsames Ziel: Erneuerbare Energie“ über die Gründung der „Friedensfördernden Energie-Genossenschaft Herford eG“, 27 min., DVD, 12 Euro. **Bestellmöglichkeit:** www.energiegenossenschaft-herford.de

Weitere Informationen:

www.ippnw-peace-power.net
www.neue-energie-deutschland.de
www.buerger-kraftwerke.de
www.ippnw.de